

NIEDERSCHRIFT

über die 12. Sitzung des Rates

vom: 18.10.2000
von: 16.00 Uhr
bis: 20.28 Uhr
Ort: Rathaus Geisweid,
Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Rat:

BM Stötzel, Ulf - als Vorsitzender
Stv Bertelmann, Hans-Günter
Stv Boller, Joachim
Stv Daus, Anny
Stv Dittert, Katrin
1. Stellv. BM Dreisbach, Jürgen
Stv Eberlein, Klaus-Peter
Stv Elter, Uwe - bis Ende öff. Teil
Stv Flohren, Angelika
Stv Fries, Traute
Stv Gaden, Helga
Stv Gelber, Gunther
Stv Gerlach, Heinrich
Stv Gierlich, Michael
Stv Glaamann, Herta
Stv Groß, Michael
Stv Heupel, Rüdiger
Stv Dr. Holzäpfel, Heinz
Stv Höpfner-Diezemann, Ute
Stv Jacob, Martin
Stv Katz, Reinhilde
Stv Kirchhöfer, Karl Wilhelm
Stv Kleine, Sancho-Antonio
Stv Krombach, Ulrich
2. Stellv. BM Köhl, Siegfried
Stv Lauble, Wilhelm

Stv Moll, Ilona
Stv Morgenschweis, Thomas
Stv Mues, Gunter

Stv Mues, Steffen
Stv Müller, Heinz
Stv Müller, Manfred
Stv Nauck, Gerda
Stv Neubauer, Hans Peter
Stv Otto, Günter
Stv Panthöfer, Ulrich
Stv Reitz, Manfred
Stv Rothenpieler, Wilhelm
Stv Rujanski, Detlef
Stv Schiemer, Hansgeorg
Stv Schleifenbaum, Dorothea - bis Ende TOP 11 öff. Teil
Stv Schmidt, André
Stv Schneider, Manfred - bis Ende TOP 13 öff. Teil
Stv Dr. Schultze, Reinhold - bis Ende TOP 5 öff. Teil
Stv Schulte, Werner
Stv Schulze, Werner
Stv Schwarz-Schumann, Helga
Stv Siebel, Helmut
Stv Sintzen, Gerlinde
Stv Sonntag, Hartmut
Stv Stahl, Markus
Stv Steuber, Burkhard
Stv Strunk, Christine
Stv Dr. Stötzel, Wolfgang
Stv Tielsch, Ingrid Karin - bis Ende TOP 16 öff. Teil
Stv Walter, Klaus-Volker
Stv Wolf, Marianne
Stv Wunderlich, Horst
Stv Zips, Joachim

II. Als Zuhörer im nichtöffentlichen Teil:

AM Bäumer, Gerhard
AM Wolf, Bruno

III. Vom Personalrat:

StAI Müller

IV. Von der Verwaltung:

StK Baumeister
StR Dr. Rohr
StBR Brune
Werkleiter Harms
Städt. OVR Kühn
Städt. OVR Lehmann
VA Schneider
Gleichstellungsbeauftragte Dellori
StAR Dorsch
StAR Münker - als Schriftführerin

Zur Tagesordnung:

Die Mitglieder des Rates sind mit der Erweiterung des öffentlichen Teils um die Punkte 4.4 und 21 bis 23 einverstanden.

Abgesetzt werden

- Punkt 9 des öffentlichen Teils, da nach der Beratung des Fachausschusses zunächst kein Entscheidungsbedarf besteht und
- Punkt 4 des nichtöffentlichen Teils, da weiterer Beratungsbedarf gegeben ist.

A ÖFFENTLICHE SITZUNG**1. Bestimmung eines Ratsmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (SPD)**

Zur Mitunterzeichnung wird Frau Fries bestimmt.

12. Rat 18.10.2000

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 06.09.2000

Zu TOP 6 „Meldeverfahren von FFH- und Vogelschutzgebieten“ weist Herr Dr. Schultze darauf hin, dass es bei seiner Wortmeldung richtig heißen muss: „... ist aus ökonomischen Gründen das Industrie- und Gewerbegebiet Trupbach nicht notwendig.“

Herr Dr. Holzäpfel merkt zu TOP 14 „Benutzungsbeschränkung in der Morleystraße“ an, dass er sich vehement für die Zulassung des Radfahrverkehrs eingesetzt hat. Er vermisst die Wiedergabe seines Redebeitrages.

Die Niederschrift wird unter Berücksichtigung vorstehender Hinweise bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

12. Rat 18.10.2000

3. Fragestunde

3.1 Belastung der Stadt Siegen durch die Ökosteuer

Anfrage der CDU-Fraktion vom 27.09.2000

Die Antwort von Herrn Baumeister ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

12. Rat 18.10.2000

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

4.1 Satzung der Stiftung „Rubenspreis der Stadt Siegen“ sowie der Stiftung „Förderpreis zum Rubenspreis der Stadt Siegen“

Antrag der UWG-Fraktion vom 20.09.2000

Herr Bertelmann stellt die Bedeutung des Rubenspreises für die Stadt Siegen heraus, die künftig durch die Ausstellung verschiedener Werke der Preisträger im Museum für Gegenwartskunst unterstrichen wird. Dennoch hält die UWG-Fraktion in Anbetracht der Unstimmigkeiten in der Vergangenheit eine Aktualisierung der Satzung für geboten.

Die F.D.P.-Fraktion spricht sich gegen eine Änderung aus, so Frau Nauck. Der Rubenspreis genießt internationales Ansehen. Ihres Erachtens könnte eine sorg-fältige Vorbereitung der Preisverleihung künftig Unstimmigkeiten verhindern.

Die SPD-Fraktion schlägt eine Überweisung an den Kulturausschuss vor, so Frau Fries. Dabei sollten die Vorlage und die Niederschrift über die Beratung des The-mas im Kulturausschuss 1993 als Diskussionsgrundlage herangezogen werden. Eine grundlegende Änderung der Satzung und der Ausführungsbestimmungen war ihres Wissen seinerzeit nicht gewünscht.

Die CDU-Fraktion schließt sich im Wesentlichen den Ausführungen von Frau Fries an, erklärt Herr Mues. Gegebenenfalls sind Detailpunkte zu diskutieren, einen Anlass zu einer weitreichenden Änderung der Satzung sieht er nicht.

Beschluss:

Der Antrag wird zur Beratung an den Kulturausschuss überwiesen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 1 Enthaltung

12. Rat 18.10.2000

4.2 Internet-Präsentation der Stadt Siegen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 04.10.2000

Herr Lehmann weist darauf hin, dass dem Rat im April 1999 Möglichkeiten zur Erweiterung des Internet-/Intranetangebotes aufgezeigt wurden. Die Verwaltung wies seinerzeit aber auch darauf hin, dass kurzfristig die Realisierung des umfangreichen Projektes aus finanziellen und personellen Gründen nicht möglich ist. Daraufhin wurde der Auftrag erteilt, zunächst ein Konzept zu entwickeln und die Kosten darzustellen. Das Konzept soll zum Stellenplan 2001 vorgelegt werden. Ungeachtet dessen wird seit einigen Wochen das bestehende Angebot aktualisiert. Eine Erweiterung ist mit den vorhandenen Ressourcen jedoch nicht möglich und es bedarf zunächst einer Entscheidung des Rates über die weitere Vorgehensweise.

Frau Fries hätte es für sinnvoll gehalten, sukzessive kleine Schritte umzusetzen, statt sich auf die Argumente Personalausstattung und Kosten zurückzuziehen. Ihres Erachtens wäre auch ein unkonventionelles Vorgehen und die Inanspruchnahme externer Beratungen, z. B. durch die KDZ, möglich gewesen.

Herr Mues schließt sich der Kritik am Verfahren an. Er hält die Umsetzung eines allumfassenden Angebotes für unrealistisch. Vielmehr sind zunächst die unmittelbar die Stadtverwaltung betreffenden Bereiche für die Präsentation im Internet festzulegen und in kleinen Schritten umzusetzen. Die Verwaltung sollte daher ihre Überlegungen vorstellen.

Auch Herr Walter sieht dringenden Handlungsbedarf bei der Aktualisierung der Daten. Ungeachtet dessen ist eine umfassende Präsentation der Stadt Siegen als Oberzentrum sinnvoll.

Herr Bertelmann hält es für richtig, zunächst ein Konzept zu erstellen, in dem die einzelnen Angebote erfasst werden. Dabei sollte sich vorrangig die Stadtverwaltung als Dienstleistungsunternehmen präsentieren. Er warnt davor, den Arbeits- und Zeitaufwand zu unterschätzen.

Es ist Anliegen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, betont Herr Groß, die Mängel in der Internet-Präsentation der Stadt Siegen zu beseitigen und aktuelle Daten zur Verfügung zu stellen. Gegen die Diskussion einer darüber hinausgehenden Neukonzeption bestehen keine Bedenken.

Herr Bürgermeister Stötzel sagt zu, im Sinne des Antrages die Daten zu aktualisieren und baldmöglichst dem Haupt- und Finanzausschuss ein Konzept zur Internet-/Intranetpräsentation vorzulegen.

12. Rat 18.10.2000

4.3 Investitionsplanung

Antrag der UWG-Fraktion vom 04.10.2000

Herr Mues hält das Anliegen grundsätzlich für berechtigt, weist aber darauf hin, dass im Rahmen des in Kürze vorliegenden Haushaltsentwurfs 2001 die gesamten Investitionsmaßnahmen dargestellt werden. Daher hält er den Antrag, auch im

Hinblick auf den Arbeitsaufwand für die Verwaltung, als entbehrlich. Die Notwendigkeit eines interfraktionellen Arbeitskreises stellt er in Frage.

Herr Kirchhöfer macht deutlich, dass angesichts der völlig unterschiedlichen Auffassungen über notwendige und wünschenswerte Investitionsmaßnahmen die Auseinandersetzung mit der Thematik nicht an einen Arbeitskreis delegiert werden kann. Wichtig ist vielmehr, dass die Fraktionen umfassend informiert werden, welche Maßnahmen in den Haushaltsentwurf aufgenommen werden und welche nicht. Dem Antrag wird die SPD-Fraktion nicht zustimmen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN befürwortet die Intention des Antrages, so Herr Boller und hält es für erforderlich, die Anfang des Jahres vorgelegte Übersicht zu aktualisieren. Es ist Aufgabe der Politik und nicht der Verwaltung, die seinerzeit unterbliebene Diskussion über die Prioritätensetzung endlich und unabhängig vom Haushaltsentwurf zu führen.

Herr Baumeister erkennt grundsätzlich das Ansinnen an, alle in den letzten Jahren andiskutierten Investitionsmaßnahmen und die Umsetzungsbedingungen konkret zu benennen. Zum Haushaltsentwurf 2001 wird die Verwaltung das mittelfristige Investitionsprogramm einschließlich Prioritätensetzung vorlegen. Es ist dann Aufgabe der politischen Gremien, die Festlegungen zu treffen.

Herr Siebel merkt an, dass nicht die Investitionsplanung, sondern die zahlreichen größeren und kleineren in den letzten Jahren angesprochenen Maßnahmen zur Diskussion gestellt werden müssen. Es sind Festlegungen zu treffen, welche Projekte machbar sind und weiter verfolgt werden sollen und welche zumindest mittelfristig nicht realisiert werden können. Diese Entscheidungen werden nicht einfach

und teilweise unbequem sein, sind aber im Interesse einer transparenten Planung notwendig.

Herr Mues regt an, die nicht im Haushalt berücksichtigten Projekte und die fortgeschriebene Übersicht der Investitionsmaßnahmen zusammenzufassen und als Beratungsgrundlage vorzulegen.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird aufgefordert, eine Gesamtaufstellung aller geplanten Maßnahmen und deren finanzielle Auswirkungen auf die mittelfristige Finanzplanung unter Berücksichtigung von evtl. möglichen Landeszuschüssen und Folgekosten zu erstellen.
2. Der Rat setzt nach Vorlage dieser Gesamtaufstellung eine interfraktionelle Arbeitsgruppe ein, die in Zusammenhang mit der Verwaltung eine konkrete Prioritätenliste als Handlungsgrundlage für die nächsten Jahre erstellt.
3. Um eine den aktuellen Handlungserfordernissen gerecht werdende Fortschreibung dieser Prioritätenliste zu gewährleisten, soll die interfraktionelle Arbeitsgruppe immer dann einberufen werden, wenn eine Abweichung von der festgelegten Prioritätenliste erforderlich wird.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (Ja-Stimmen UWG,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

12. Rat 18.10.2000

4.4 Museum für Gegenwartskunst (Um- und Ausbau Altes Telegraphenamt)

Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion vom 17.10.2000

Ergänzend zum Antrag weist Herr Mues darauf hin, dass es auf Seite 2 richtig heißen muss „... weitere ca. 1 Mio. DM Mehrkosten“. Die folgend genannten Zahlen ändern sich entsprechend. Zur Begründung führt er aus, dass die Zeitverzögerungen und andgedeuteten Mehrkosten sowohl das Renommee des Objektes als auch der betroffenen Personen und Unternehmen erheblich beeinträchtigen könnten. Daher ist eine umfassende Aufklärung des Sachverhaltes erforderlich.

Auf die Frage von Herrn Kirchhöfer zum künftigen zeitlichen Ablauf merkt Herr Dr. Rohr an, dass der Trägerverein in der Lage sein wird, das Museum drei Monate nach der baulichen Übergabe zu eröffnen.

Herr Brune erläutert, dass die vom Staatlichem Bauamt zwischenzeitlich vorgeleg-ten Unterlagen nunmehr unter Hinzuziehung des Architekten im Detail geprüft werden müssen. Das Rechnungsprüfungsamt wurde bereits eingebunden. Die Übergabe des Objektes an den Trägerverein ist für November d. J. geplant.

Herr Siebel bittet, die Unterlagen nach Abschluss der Prüfung auch dem Fachaus-schuss vorzulegen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beauftragt das Rechnungsprüfungsamt, eine eingehende Überprüfung sämtlicher Vorgänge beim Um- und Ausbau des Alten Telegraphen-amtes zum Museum für Gegenwartskunst vorzunehmen. Dabei interessiert die Antwort auf folgende Fragen ganz besonders:

1. Warum ist es zu den erheblichen Überschreitungen der Baukosten gekommen, wie hoch sind diese im Einzelnen, sind weitere Kostenüberschreitungen zu er-warten und wer ist dafür verantwortlich?
2. Ist es zutreffend, dass Rechnungen einzelner Gewerke nur sehr zögerlich
- um es vorsichtig auszudrücken - bezahlt werden? Wer trägt dafür die Verantwortung?
3. Warum ist es zu der in ihrer Zahl kaum noch zu überbietenden, sich ständig ändernden Fertigstellungstermine gekommen bzw. wird es noch kommen und wer ist dafür verantwortlich?
4. Welche zusätzlichen Folgekosten ergeben sich aus der verspäteten Inbetrieb-nahme (Mieteinnahmen bzw. Mietkürzungen, Schadensersatz etc.)?
5. Sind die mit der Stadt Siegen ausgehandelten Verträge „wasserdicht“, ergeben sich oder könnten sich daraus in Zukunft weitere negative Folgen für die Stadt ergeben, wenn ja, welche?
6. An wen kann die Stadt mögliche Schadensersatzansprüche richten?

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

12. Rat 18.10.2000

5. Projekt „Gewerbepark Heidenberg“;
- Kunst- und Kulturgegenstände auf dem Gebiet der ehem. Heidenbergkaserne -

hier:

Einspruch gegen den Beschluss des Kulturausschusses vom 05.09.2000

Herr Dr. Holzäpfel erklärt, dass die Skulptur „Graf Johann der Mittlere“ für den Garnisonsstandort Heidenberg geschaffen wurde und daher auch in diesem Bereich verbleiben soll. Eine historische Verbindung zu einem Standort am Oberen Schloss ist seines Erachtens nicht gegeben. Der Rat möge daher in Aufhebung des Beschlusses des Kulturausschusses entsprechend entscheiden.

Herr Dr. Schultze vertritt die Auffassung, dass der Einspruch inhaltlich nicht begründet ist, da die Entscheidung des Fachausschusses weder geltendes Recht verletzt noch gegen Interessen der Stadt verstößt. Die Bedeutung der Skulptur ist nicht darauf zurückzuführen, dass diese speziell für die auf das Dritte Reich zurückzuführende Heidenbergkaserne geschaffen wurde. Eine historische Würdigung der Person „Graf Johann der Mittlere“ und dessen Gründung der ersten Kriegs- und Ritterschule rechtfertigt vielmehr die Aufstellung der Skulptur am Oberen Schloss mit Blick auf das Zeughaus.

Frau Tielsch ergänzt, dass der Standort Oberes Schloss besser geeignet ist, um die geschichtliche Bedeutung des Grafen in der Öffentlichkeit darzustellen und zu erläutern. Bei einem Verbleib der Skulptur im Bereich der ehem. Heidenbergkaserne würde diese eher unbeachtet bleiben.

Frau Fries sieht ebenfalls inhaltlich keinen Anlass, den Beschluss des Fachausschusses aufzuheben. Sie erinnert daran, dass sich der Haupt- und Finanzausschuss in 1994 dafür ausgesprochen hatte, im Bereich Heidenberg in geeigneter Form an die ehem. dort stationierten belgischen Streitkräfte zu erinnern. Es kann nicht angehen, neben der zentralen Gedenkstätte am Dicken Turm eine weitere Gedenkstätte zu schaffen. Ein besonderes Augenmerk sollte ihres Erachtens in der Diskussion auch auf den Erschaffer der Statue gelegt werden, von dem einige Kunstobjekte im öffentlichen Raum zu besichtigen sind. In Würdigung des Kunstwerkes als solchem und der Schaffenskraft des Künstlers spricht sie sich für den Standort der Skulptur am Oberen Schloss aus.

Herr Groß begrüßt die Ausführungen von Frau Fries und schließt sich diesen inhaltlich an. Bezug nehmend auf die formale Behandlung eines Einspruchs bittet er um Aufklärung zu Protokoll. Entgegen den Ausführungen von Herrn Dreisbach kann der Rat seines Erachtens nur über den Einspruch entscheiden, nicht aber in der Sache.

Herr Dr. Holzäpfel stellt ergänzend zum Einspruch formell den Antrag, der Rat möge a) den Beschluss des Kulturausschusses in dieser Angelegenheit aufheben und
b) beschließen, dass die Skulptur „Graf Johann der Mittlere“ im Bereich der ehem. Heidenbergkaserne wieder aufgestellt wird.

Herr Bürgermeister Stötzel stellt den Antrag, den Beschluss des Kulturausschusses in dieser Angelegenheit aufzuheben, zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen hebt den Beschluss des Kulturausschusses vom 05.09.2000, die Skulptur „Graf Johann der Mittlere“ gemäß dem von der Verwaltung in der Vorlage Nr. 631/00 aufgezeigten Alternativvorschlag am Oberen Schloss aufzustellen, auf.

Beratungsergebnis: 28 Stimmen dafür, 29 dagegen, 0 Enthaltungen

12. Rat 18.10.2000

6. Gemeinschaftsaufgabe Frauenförderung - „Gender Mainstreaming“ - Politikrahmen zur Verbesserung der Lebens- und Berufschancen von Frauen

Vorlagenr. 660/00 - Vorlage vom 29.09.2000

Frau Dellori erläutert ergänzend, dass die Vorlage einen Überblick über die aktuellen Rahmenvereinbarungen zur Verwirklichung der gesellschaftlichen Chancen-gleichheit von Frauen und Männern gibt. „Gender Mainstreaming“ ist ein Konzept für die Veränderung und qualitative Verbesserung von Entscheidungsprozessen und hat zum Ziel, die Perspektive des Geschlechterverhältnisses Frauen/Männer in diese einzubeziehen und sie für die Gleichstellung der Geschlechter nutzbar zu machen. In allen Politikbereichen soll vor der Entscheidung die Wirkung auf Frauen und Männer und damit auf die Geschlechtergerechtigkeit geprüft werden.

Die Strategie des Gender Mainstreaming ist in der Bundesrepublik Deutschland durch die Politik der Europäischen Union bekannt geworden. Ein wesentlicher Bereich für die Zielsetzung ist die Arbeitsmarkt- und Strukturförderung der Europäischen Union. Dort sind diese Überlegungen bereits Bestandteil aller Förderprogramme, die jetzt neu bis zum Jahr 2006 gelten. Die Vergabe von Fördergeldern wird daran gemessen, ob die Programme der EU-Länder, der Bundesländer, die Konzepte der Regionen bis hin zu Einzelprojekten, die örtliche Träger beantragen, dazu beitragen, Fortschritte für die Geschlechtergerechtigkeit zu erzielen. In NRW wird im Bereich der Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik konsequent nach diesen Grundsätzen gearbeitet, wie auch die Beispiele zur Einrichtung der Regionalstellen Frau und Beruf, die in Siegen dank der kontinuierlichen Unterstützung durch den Rat seit 1990 arbeiten, zeigen. Auch in der Verwaltung wurde diese Zielrichtung seit

1995 aufgenommen. Die Gemeinschaftsaufgabe Frauenförderung ist im Leitbild verankert und verfolgt als Querschnittsaufgabe exakt die Idee des Gender Mainstreaming, strukturelle Ungleichgewichte zwischen Frauen und Männern mit geeigneten Maßnahmen auszugleichen. Es konnten bereits einige positive Ergebnisse für Frauen als Beschäftigte und besonders für Frauen als Bürgerinnen erreicht werden, wenn auch die Umsetzung nicht einfach ist und auch künftig viel Einsatz erfordert.

Herr Dr. Holzäpfel betont, dass die Vorlage den besonderen Einsatz der Gleichstellungsstelle für die Initiierung und Umsetzung zahlreicher Projekte einschließlich der Erwirkung von Landeszuschüssen aufzeigt und dankt allen Beteiligten für ihre Arbeit.

Frau Strunk unterstützt die Bemühungen, die Ziele des Gender Mainstreaming auch in Siegen umzusetzen und damit einen wichtigen Teil zur Gleichstellung beizubringen.

- ◆ ◆ Der Rat der Stadt Siegen nimmt die neuen Regelungen zur integrierten Umsetzung von Frauenförderung als Querschnittsaufgabe - Stichwort "Gender Mainstreaming" - zur Kenntnis.

12. Rat 18.10.2000

7. Gemeinschaftsaufgabe Frauenförderung - Umsetzung Landesgleichstellungsgesetz NRW

hier:

Daten zur Beschäftigungssituation in der Stadtverwaltung Siegen 1997/1999

Vorlagenr. 670/00 - Vorlage vom 04.09.2000

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hofft, so Frau Strunk, dass der Frauen-förderplan zeitnah aufgestellt und umgesetzt wird. Die Daten zeigen, dass sich die Situation der weiblichen Beschäftigten nicht wesentlich und im Bereich der Führungspositionen eher negativ geändert hat. Daher regt sie an, diese Frage im Frauenförderplan aufzugreifen.

Frau Flohren möchte wissen, wie weiter verfahren werden soll, wenn der Frauenförderplan nicht fristgerecht zum 20.11.2000 vorgelegt wird. Sie bittet darüber hinaus um Auskunft, wie der Bürgermeister dem Recht der Gleichstellungsbeauftragten auf die Abgabe eigener Stellungnahmen Rechnung tragen wird.

Herr Lehmann erklärt, dass der Frauenförderplan zum Haushalt 2001 vorgelegt werden soll. In der Übergangszeit wird die Vorgehensweise zwischen Verwaltung, Gleichstellungsstelle und Personalrat abgestimmt. Die zweite Frage wird in einer Anlage zur Niederschrift beantwortet.

Herr Schneider verweist auf seinen Einwurf in der Fachausschussberatung, dass die Beschäftigtenzahlen in der dargestellten Form nicht korrekt sind. Er hätte eine Klarstellung in Form einer Ergänzungsvorlage erwartet und geht nunmehr davon aus, dass dies in der nächsten Sitzung des Fachausschusses aufgegriffen wird.

Bei einer Überprüfung der Daten aus dem Jahr 1997 wurde festgestellt, so Herr Lehmann, dass kleinere Personengruppen nicht aufgenommen wurden. Da bei der Aufstellung des Frauenförderplanes nicht die Zahlen aus 1997, sondern die der Folgejahre relevant sein werden, wird verwaltungsseitig keine Änderung erfolgen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beauftragt die Verwaltung, auf der Grundlage der Daten zur Beschäftigungssituation in der Stadtverwaltung Siegen einen Frauenförderplan entsprechend den Ratsbeschlüssen vom 24.11.1999 und 21.03.2000 zum Landes-gleichstellungsgesetz (LGG) vorzulegen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

12. Rat 18.10.2000

8. Altersteilzeit für Beamtinnen/Beamte

Vorlagenr. 676/00 - Vorlage vom 05.09.2000

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnt den Verwaltungsvorschlag ab, so Herr Krombach, da dieser der arbeitsmarktpolitischen und personalwirtschaftlichen Zielsetzung der Einführung der Altersteilzeit entgegensteht. Vielmehr wird beantragt, die in der Vorlage dargestellte Alternative 4 umzusetzen.

Herr Kirchhöfer weist darauf hin, dass die arbeitsmarktpolitischen Aspekte bei der in Rede stehenden Regelung für Beamtinnen und Beamte eine untergeordnete Rolle spielen. In Anbetracht der finanziellen Auswirkungen sieht er derzeit keine andere Lösungsmöglichkeit. Er bittet jedoch, zu gegebener Zeit anhand neuer Zahlen die Diskussion wieder aufzunehmen.

Beschluss (über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Einführung der Altersteilzeit für Beamtin-nen/Beamte entsprechend der in der Vorlage dargestellten Alternative 4 rück-wirkend zum 01.09.2000.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen
(Ja-Stimmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), 0 Enthaltungen

Beschluss (über den Verwaltungsvorschlag):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Einführung der Altersteilzeit für Beamtin-nen/Beamte entsprechend der in der Vorlage dargestellten Alternative 3 rück-wirkend zum 01.09.2000.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (Nein-Stimmen BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN), 0 Enthaltungen**

12. Rat 18.10.2000

9. Sozialarbeit an Hauptschulen

hier:

**Aufhebung des Beschlusses des Jugendhilfeausschusses und des Ausschusses für Schul- und
Bildungswesen vom 03.11.1998**

Vorlagenr. 678/00

Der Punkt wurde abgesetzt.

12. Rat 18.10.2000

10. Stellenplan 2000; 1. Nachtragsstellenplan

Vorlagenr. 677/00 A - Vorlage vom 18.09.2000

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt den 1. Nachtragsstellenplan 2000 gemäß Anlage zur Vorlage 677/00 A.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 1 Enthaltung (Stv Morgenschweis)

12. Rat 18.10.2000

**11. Neuorganisation der Stadtverwaltung Siegen
- Weiterentwicklung des neuen Steuerungsmodells -**

Vorlagenr. 679/00 - Vorlage vom 07.09.2000

Herr Mues schlägt vor, den Beschlussvorschlag um folgende Ziffer 3 zu ergänzen: "Der Rat der Stadt Siegen empfiehlt, bei sämtlichen Stellenbesetzungsverfahren Acessement Center nur fakultativ durchzuführen." Zur Begründung führt er an , dass sowohl der Bürgermeister als auch der Rat durch dieses Verfahren sehr in ihrer Entscheidung sehr eingeschränkt werden, da sie sich an der in Acessement Cen-tern ermittelten Rangfolge orientieren müssen.

Die Befürchtung, dass die politischen Gremien in ihrer Entscheidung eingeengt werden teilt die Verwaltung nicht, so Herr Lehmann.

Bezug nehmend auf Ziffer 2 des Beschlussvorschlages wirbt Herr Schneider dafür, das Haushaltsbuch weiterzuführen, da u. a. auf Landesebene eine betriebswirtschaftliche Darstellung der Haushaltsführung zu erwarten ist. Darüber hinaus bieten die produktorientierten Darstellungen wesentliche entscheidungsrelevante Daten für die Politik. Die SPD-Fraktion spricht sich daher dafür aus, das Haushaltsbuch zu-mindest mit den wesentlichen Daten und Fakten fortzuschreiben. Eine komplette parallele Darstellung neben dem klassischen Haushaltsplan ist auch aus Sicht seiner Fraktion zu aufwendig. Er bittet um getrennte Abstimmung über die einzelnen Punkte des Beschlussvorschlages.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat seinerzeit die Bestrebungen zur Verwaltungsmodernisierung unterstützt, legt Frau Strunk dar. Es mussten jedoch im Nachhinein erhebliche Diskrepanzen zwischen Theorie und Praxis festgestellt werden. Die nunmehr vorliegenden Vorschläge laufen im Wesentlichen darauf hinaus, den Prozess zurückzufahren. Als Beispiel nennt sie die Personal- und Ressourcenverwaltung und die Mitarbeiterbeteiligung, deren Herausnahme aus der Konzeption kontraproduktiv ist. Sie hält fest, dass ihre Fraktion den Modernisierungsprozess unterstützt und kritisch begleiten will. Die Verwaltungsvorlage findet keine Zustimmung, da inhaltlich eine Weiterentwicklung nicht erkennbar ist. Wenn verwaltungs-seitig eine Beteiligung der Politik gewünscht wird ist es sinnvoll, eine begleitende Arbeitsgruppe einzurichten.

Die UWG-Fraktion wird der Vorlage im Grundsatz zustimmen, so Herr Bertelmann. Es ist nachvollziehbar, dass im Laufe eines solchen Prozesses Korrekturen in Einzelpunkten notwendig werden. Er hält es für sinnvoll, auch bei internen Stellenbesetzungen Assessment Center durchzuführen, da diese nicht nur die fachlichen Qualifikationen aufzeigen. Bei externen Besetzungen sollte das Verfahren grundsätzlich angewendet werden. Es sollte auch im Interesse des Rates liegen, zwischen den geeignetsten Personen zu wählen, wenn auch die Möglichkeit der politischen Vorgaben dadurch reduziert wird.

Herr Groß teilt die Einschätzung von Herrn Mues, dass das Haushaltsbuch die Arbeit der politischen Vertreter nicht vereinfacht. Zur Durchführung von Assessment Centern bei der Stellenbesetzung ist er jedoch der Meinung, dass mit dieser Methode die umfassendst qualifizierten Bewerberinnen und Bewerber ermittelt und die Personalpolitik versachlicht werden können. Der Vorschlag der CDU-Fraktion bringt den Bürgermeister in die missliche Situation, in jedem Einzelfall über die Durchführung von Assessment Centern entscheiden und sich ggf. dafür rechtfertigen zu müssen. Seines Erachtens ist der Rat nicht zwingend an die Rangfolge der Bewerberinnen und Bewerber gebunden, wenn eine anderslautende Entscheidung durch eine fachliche und sachliche Argumentation unterlegt wird.

Herr Bürgermeister Stötzel merkt an, dass die Festlegung einer Rangfolge nach der Durchführung von Assessment Centern im Einzelfall die Entscheidungsfindung in den politischen Gremien erschweren könnte. Die Überlegungen der Verwaltung gehen dahin, dass durch das beteiligte Institut die Vorschläge aus der Bewerberliste ohne Rangfolge unterbreitet werden sollen.

Bezug nehmend auf die Weiterführung des Haushaltsbuches macht Herr Bau-meister deutlich, dass es Ziel ist, mit diesem Instrument zusammen mit den Berichten über den Haushaltsvollzug das Verwaltungshandeln transparenter zu machen. Die Darstellungen im klassischen Haushaltsplan entsprechen nicht mehr den Anforderungen an ein produktorientiertes Finanzmanagement.

Herr Siebel unterstützt demgegenüber den Vorschlag, auf die Weiterführung des Haushaltsbuches zu verzichten. Der Auffassung von Herrn Groß zu der Ergänzung des Beschlussvorschlages unter Ziffer 3 stimmt er zu. Er unterstreicht seine von Anfang an ablehnende Haltung zum neuen Steuerungsmodell. Hauptkritikpunkte sind nach wie vor die fehlende Ist-Analyse und die unter politischen Gesichtspunkten erfolgte Besetzung der Fachbereichsleitungen. Die weitere Vorgehensweise des Bürgermeisters ist aus seiner Sicht zu begrüßen.

Frau Strunk bittet, bei der Beschäftigtenbefragung auch Fragen zu den vorgesehenen Veränderungen in der Verwaltungsstruktur aufzunehmen.

Im Hinblick auf den Ergänzungsvorschlag der CDU-Fraktion sagt Herr Bürger-meister Stötzel zu, die aufgeworfenen Fragen bei der Durchführung von Assessment Centern und möglichen Konsequenzen noch einmal zu prüfen.

Herr Mues bittet, dennoch über den Antrag abzustimmen.

Die einzelnen Punkte werden getrennt zur Abstimmung gestellt.

◆ ◆ Der Rat der Stadt Siegen nimmt die "Weiterentwicklung des neuen Steuerungsmodells" gemäß Anlage zur Vorlage zur Kenntnis.

◆ ◆ Der Rat der Stadt Siegen beschließt, ab dem Haushaltsjahr 2001 zu den Haushaltsberatungen als alleinige Beratungs- und Beschlussgrundlage den Haushaltsplan in bisheriger Form als alleiniger Beratungs- und Beschlussgrundlage vorzulegen.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür
(Gegenstimmen und Enthaltungen SPD)**

◆ ◆ Der Rat der Stadt Siegen empfiehlt, bei sämtlichen Stellenbesetzungsverfahren Assessment Center nur fakultativ durchzuführen.

Beratungsergebnis: 29 Stimmen dafür, 27 dagegen, 2 Enthaltungen

12. Rat 18.10.2000

12. Technikunterstützte Informationsverarbeitung bei der Stadtverwaltung Siegen; Änderung der Rechtsform der Kommunalen Datenzentrale Westfalen-Süd

Vorlagenr. 682/00 - Vorlage vom 17.08.2000

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

Zur Bildung eines Zweckverbandes beschließt der Rat der Stadt Siegen gemäß § 9 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit vom 01.10.1979 (GV NW S. 621 / SGV NW 202) in der jeweils gültigen Fassung anstelle der bisherigen "Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Errichtung und den Betrieb einer kommunalen Datenzentrale durch den Kreis Siegen" mit den Kreisen Olpe und Siegen-Wittgenstein sowie den kreisangehörigen Städten und Gemeinden Attendorn, Bad Berleburg, Bad Laasphe, Burbach, Drolshagen, Erndtebrück, Finnentrop, Freudenberg, Hilchenbach, Kirchhundem, Kreuztal, Lennestadt, Netphen, Neunkirchen, Olpe, Wenden und Wilnsdorf die Satzung des Zweckverbandes "Kommunale Datenzentrale Westfalen-Süd" in der Fassung, die der Vorlage als Anlage beigefügt ist.

Die Stadt Siegen entsendet gemäß § 6 der Zweckverbandssatzung vier Vertreter in die Zweckverbandsversammlung. Neben dem Bürgermeister und einem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten werden noch zwei politische Vertreter nach den Grundsätzen der Verhältniswahl aus der Mitte des Rates bestellt.

Danach wird die Stadt Siegen in der Verbandsversammlung wie folgt vertreten:

| <u>Mitglied:</u> | <u>Stellvertreter:</u> | |
|------------------------|------------------------|---------------------------|
| Bürgermeister | | Bürgermeister Ulf Stötzel |
| | | I. Beig Reinhold |
| FBL 2 Wolf R. Lehmann | | FB 2, Martin Wagner |
| Stv Gelber, Gunther | | Stv Kleine, Sancho |
| Stv Schneider, Manfred | | Stv Gaden, Helga |

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

12. Rat 18.10.2000

13. Schlossplatz Unteres Schloss, Siegen;

hier:
Entgeltordnung

Vorlagenr. 638/00 - Vorlage vom 22.08.2000

Unter Hinweis auf § 31 GO NW nimmt Herr Bertelmann an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Herr Boller hält es für nicht sachgerecht, dass pauschal alle Veranstaltungen der Gesellschaft für Stadtmarketing als gemeinnützig angesehen werden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt für die Belegung des Schlossplatzes am Unteren Schloss eine Entgeltordnung gemäß Vorlage und stimmt dem Abschluss einer Ergänzungsvereinbarung zu § 2 des Pachtvertrages vom 31.08. / 01.09.1995 zwischen dem Land NRW und der Stadt Siegen gemäß Anlage zur Vorlage zu.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür

(Gegenstimmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Stv Morgenschweis)

12. Rat 18.10.2000

14. Weisungsrecht des Rates der Stadt Siegen gegenüber Vertretern der Stadt Siegen im Aufsichtsrat der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH zur Sitzung am 22. September 2000

hier:

Neufestsetzung der Trinkwasserabgabepreise im Versorgungsgebiet der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH ab 01. Oktober 2000 auf der Grundlage des WIBERA-Kalkulationsschemas

Vorlagenr. 688/00 - Vorlage vom 30.08.2000

Unter Hinweis auf § 31 GO NW nimmt Herr Zips an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Herr Morgenschweis hat Bedenken, dass vor der beabsichtigten Preiserhöhung nicht alle Sparpotentiale ausgeschöpft wurden.

Herr Boller sieht die Problematik in Teilbereichen ähnlich und hält es für erforderlich, dass sich der Rat mit der Thematik auseinandersetzt. Eine Dringlichkeitsentscheidung durch den Haupt- und Finanzausschuss war seines Erachtens nicht notwendig.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung des Haupt- und Finanzausschusses vom 20.09.2000, den Vertretern der Stadt Siegen im Aufsichtsrat der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH für die Sitzung am 22. September 2000 zum Tagesordnungspunkt 2 " Neufestsetzung der Trinkwasserabgabepreise im Versorgungsgebiet der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH ab 01. Oktober 2000 auf der Grundlage des WIBERA-Kalkulationsschemas" **keine Weisung** gem. § 113 Abs. 1 GO NW zu erteilen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (Gegenstimmen BÜNDNIS 90/DIE
Morgenschweis)

GRÜNEN, Stv

12. Rat 18.10.2000

15. Genehmigung der 6. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 1994 für das Haushaltsjahr 2000;

hier:

Genehmigungsverfügung des Landrates des Kreises Siegen-Wittgenstein vom 21.08.2000

Vorlagenr. 680/00 - Vorlage vom 06.09.2000

Herr Baumeister nimmt Bezug auf die aktuelle Stellungnahme des Bundes der Steuerzahler zur Haushaltsentwicklung und bezeichnet diese aus Sicht der Verwaltung als fehlerhaft und tendenziös. Es ist vorgesehen, diesbezüglich in einer Pressekonferenz zu den einzelnen Punkten Stellung zu beziehen.

Herr Siebel verweist auf die Ausführungen des Landrates zur Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes, in denen u. a. Kürzungen freiwilliger Leistungen und Aufgabenbereiche angesprochen werden. Auf der anderen Seite sei der Presse zu entnehmen, dass der Kreis - zwar unter dem Vorbehalt einer seriösen Finanzierung - zu einer freiwilligen Leistung der Stadt einen Beitrag von rd. 4 Mio. DM leisten will. Dies erscheint ihm vor dem Hintergrund unrealistisch, dass zur Sicherstellung der Liquidität Kassenkredite bis zu 110 Mio. DM aufgenommen werden mussten und in den letzten Jahren erhebliche Zuführungen vom Vermögens- in den Verwaltungshaushalt zum Haushaltsausgleich notwendig waren. Das Defizit würde sich nach seiner Einschätzung auf nahezu 128 Mio. DM belaufen, wenn nicht erhebliche Anstrengungen, z. B. durch teilweise Auflösung der Rücklagen, Vermögensveräußerungen, Einsatz des Mehrfachstimmrechtes und nun auch durch Veräußerung von Aktienbeständen unternommen worden wären und würden. Daher richtet er seinen Appell an den Bürgermeister, den Kämmerer nach Kräften

zu unterstützen. Die vordringlichste Aufgabe sollte die Haushaltskonsolidierung sein und nicht, Wunschprojekten nachzugehen und diese zu forcieren.

Herr Stötzel erklärt, dass zwischen ihm und dem Kämmer in der Zielrichtung Übereinstimmung besteht. Es ist aber nicht zu verkennen, dass die negative Entwicklung weitestgehend nicht durch Rat und Verwaltung beeinflussbar war und ist. Das indirekt angesprochene Projekt Apollo ist für die Zukunft der Stadt Siegen sehr wichtig und es muss der Versuch unternommen werden, mit den geringsten Mitteln eine Realisierung zu ermöglichen. In Anbetracht zahlreicher notwendiger weiterer Maßnahmen ist es nicht zuträglich, dieses Projekt als einziges „Problem“ anzuführen.

Herr Kirchhöfer betont, dass es trotz aller Schwierigkeiten möglich sein muss, eine Stadt in ihrer Infrastruktur weiter zu entwickeln. Die Kritik des Bundes der Steuerzahler an der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt Siegen ist nach seinem Dafürhalten überzogen.

Herr Morgenschweis bemerkt demgegenüber, dass er die Hinweise ernst nimmt.

Herr Groß bemängelt, dass derzeit über die Umsetzung zu vieler Projekte diskutiert wird. Mit Bezug auf die verfügte Haushaltssperre hält er fest, dass diese wiederholt zu Lasten der Beseitigung des Unterhaltungstaus an städtischen Gebäuden gehen wird. Es ist auch festzustellen, dass die Einsparungen immer in den gleichen Bereichen eingefordert werden.

- ◆ ◆ Der Rat der Stadt Siegen nimmt von der Genehmigungsverfügung des Landrates des Kreises Siegen-Wittgenstein zum Haushalt 2000/zur 6. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 1994 für das Haushaltsjahr 2000 sowie der in der Vorlage aus Sicht der Verwaltung für notwendig erachteten Bewertungen einzelner Feststellungen in der Genehmigungsverfügung Kenntnis.

12. Rat 18.10.2000

16. **Bebauungsplan Nr. 311 „Ober dem Feldgarten“ im Stadtteil Kaan-Marienborn;**

hier:

1. Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
2. Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 (1) BauGB

Vorlagenr. 616/00 - Vorlage vom 16.08.2000

Herr Schulze hält es für erforderlich, sich baldmöglich mit der äußeren Erschließung des Plangebietes auseinanderzusetzen. Er vermisst den Hinweis auf bereits vorlie-gende Einsprüche.

Herr Morgenschweis äußert Bedenken gegenüber der äußeren Erschließung.

Herr Boller kritisiert, dass dem Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Ener-gie das Klimagutachten für dessen Beurteilung des Vorhabens nicht vorgelegt wur-de und somit eine fachliche Diskussion unter Beteiligung der Umweltverbände nicht möglich war. Ein Gutachten des Deutschen Wetterdienstes aus 1993 empfiehlt im Hinblick auf die Kaltluftströme im Bereich Kaan-Marienborn nur eines der potenti-ellen Baugebiete „Kohrweg“ und „Ober dem Feldgarten“ zu realisieren. Da nunmehr der Bereich Kohrweg zur Bebauung ansteht, ist vor dem Hintergrund der klimati-schen Faktoren der vorliegende Aufstellungsbeschluss in Frage zu stellen. Da auch die Bedarfsfrage nicht hinreichend beantwortet ist und sich die Erschließung als problematisch erweist, kann die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Verwalt-ungsvorschlag nicht zustimmen. Es entsteht vielmehr der Eindruck, dass die Pla-nung ausschließlich wirtschaftlichen Interessen Dritter Rechnung trägt.

Herr Brune entgegnet, dass sowohl in der Verwaltung als auch in den politischen Gremien seit zwei Jahren über eine mögliche Bebauung dieses Bereiches mit allen Fragestellungen diskutiert wird. Mit dem Aufstellungsbeschluss wird die Möglichkeit gegeben, das formale Bauleitplanverfahren einzuleiten, in dem u. a. die Frage der Erschließung sowie die wirtschaftlichen und ökologischen Gesichtspunkte aufzu-greifen sein werden. Den Vorwurf hinsichtlich der Zurverfügungstellung der Klima-daten weist er zurück.

Herr Groß hält fest, dass die Bedenken bisher nicht ausgeräumt werden konnten und seiner Fraktion rechtzeitige Informationen nicht vorgelegen haben. Die Gründe für eine geplante Bebauung des Bereiches sind für ihn nicht erkennbar und er bittet um Erläuterung zu Protokoll.

Herr Bürgermeister Stötzel weist darauf hin, dass das in Kürze vorliegende Wohn-bauflächenkonzept die Thematik prioritär zu schaffender stadtnaher Baumöglich-keiten aufzeigt.

Frau Strunk bemängelt, dass der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie ursprünglich im Beratungsgang nicht vorgesehen war und ihr erst nach ausdrücklicher Nachfrage die Klimadaten zur Verfügung gestellt wurden. Da der Bedarf für Wohnbauflächen in diesem Bereich derzeit nicht erkennbar ist, sollte die Thematik zurückgestellt werden, bis das Wohnbauflächenkonzept vorliegt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gemäß " 2 (1) BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 311 "Ober dem Feldgarten". Das Plangebiet liegt im Stadtteil Kaan-Marienborn, Gemarkung Kaan-Marienborn Flur 13, 14 und 16 und wird wie folgt begrenzt:

- Im Osten durch das unbebaute Grundstück Flur 16 Flurstück 472, das bebaute Grundstück Rehbachstraße, Haus-Nr. 74, die städt. Grünfläche entlang der Rehbachstraße sowie die bebauten Grundstücke Rehbachstraße, Haus-Nr. 86, 88, 90, 92 und 94;
- im Süden durch das bebaute Grundstück Schlehenweg, Haus-Nr. 12, den Ostrand des Schlehenweges, das unbebaute Grundstück Flur 14 Flurstück 477, die bebauten Grundstücke Brauereistraße, Haus-Nr. 16 und 18, Am Nochen, Haus-Nr. 13, 15, 17, 19, 21, sowie Hauptstraße 1;
- im Westen durch die Hauptstraße und den Brüderweg bis zur Einmündung der Straße Schloßblick in den Brüderweg, die Straße Schloßblick von der Einmündung in den Brüderweg bis zum bebauten Grundstück Schloßblick, Haus-Nr. 22;

im Norden durch die Grundstücke Flur 13 Flurstücke 522, 526, Brauereistraße, Haus-Nr. 9, das nördlich an das Flurstück 522 anschließende unbebaute Grundstück Flur 13 Flurstück 208, die unbebauten Grundstücke Flur 16 Flurstücke 26, 425 und 518, einen Waldstreifen sowie östlich und westlich an den Waldstreifen angrenzende landwirtschaftliche Flächen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (Gegenstimmen BÜNDNIS 90/DIE
Morgenschweis), 9 Enthaltungen

GRÜNEN, Stv

12. Rat 18.10.2000

17. Bebauungsplan Nr. 282 „Hauptstraße/Eisenhüttenstraße“ im Stadtteil Kaan-Marienborn;

hier:

- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Ergänzung / Erweiterung des Plangebietes des Bebauungsplanes
Nr. 282 / Aktualisierung des Aufstellungsbeschlusses vom 30.08.1992

Vorlagenr. 617/00 - Vorlage vom 16.08.2000

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gem. 2 (4), den Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. 282 "Hauptstraße/Eisenhüttenstraße" vom 30.09.1992 zu aktualisieren und das Plangebiet im Südwesten gemäß Übersichtsplan (Anlage 1 zur Vorlage) zu erweitern.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

12. Rat 18.10.2000

18. Bebauungsplan Nr. 317 „Siegthalstraße/Fichestraße“ im Stadtteil Niederschelden;

hier:

- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Aufstellungsbeschluss

Vorlagenr. 655/00 - Vorlage vom 30.08.2000

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gemäß § 2 (1) BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 317 "Siegthalstraße/Fichestraße" im Stadtteil Niederschelden.

Das Plangebiet (siehe Übersichtsplan als Anlage zur Vorlage) liegt im Stadtteil Niederschelden südlich der Bahnlinie Siegen - Köln und wird begrenzt durch die Siegthalstraße und den Flusslauf der Sieg.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 1 Enthaltung (Stv Morgenschweis)

12. Rat 18.10.2000

19. Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen

19.1 Jahresabschluss 1999

Vorlagenr. 699/00 - Vorlage vom 13.09.2000

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, den Jahresabschluss zum 31.12.1999 (Anlagen 1, 2 und 3 der Vorlage) und den Lagebericht (Anlage 4 der Vorlage) festzustellen und den Jahresgewinn von 32.069,43 DM auf neue Rechnung vorzutragen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

12. Rat 18.10.2000

19.2 Erläuterungsbericht zum Betriebsabrechnungsbogen 1999

Vorlagenr. 700/00 - Vorlage vom 12.09.2000



Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Bericht zur Betriebsabrechnung
Kenntnis.

Abwasserbeseitigung 1999 zur

12. Rat 18.10.2000

19.3 Abwasserbeseitigungskonzept 2001

Vorlagennr. 701/00 - Vorlage vom 12.09.2000

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die 4. Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes lt. Anlage zur Vorlage.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

12. Rat 18.10.2000

19.4 Wirtschaftsplan 2001

Vorlagennr. 714/00 - Vorlage vom 05.09.2000

Herr Kirchhöfer legt Wert darauf, dass die personalwirtschaftlichen Vorgehensweisen und Maßnahmen des Entsorgungsbetriebes konform mit der Verwaltung erfolgen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt den vorläufigen Wirtschaftsplan 2001 lt. Anlagen zur Vorlage

1. Vorläufiger Erfolgsplan
2. Vorläufiger 5-jähriger Finanzplan
3. Vorläufiger 5-jähriger Investitionsplan
4. Vorläufige Stellenübersicht

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

12. Rat 18.10.2000

20. Wahl eines Mitgliedes in beratender Funktion des Ausländerbeirates der Stadt Siegen gem. § 8 Abs. 3 der Hauptsatzung des Rates der Stadt Siegen

Vorlagennr. 717/00 - Vorlage vom 20.09.2000

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen wählt Frau Anne Hamich als stellvertretendes Mitglied in beratender Funktion gemäß § 8 Abs. 3 der Hauptsatzung in den Ausländerbeirat der Stadt Siegen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 1 Enthaltung (Stv Morgenschweis)

12. Rat 18.10.2000

21. Haushaltswirtschaftliche Teilsperre nach § 28 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO)

Vorlagenr. 746/00 - Vorlage vom 12.10.2000

Herr Groß bittet um Darstellung der Auswirkungen auf die Bauunterhaltungsmaßnahmen und beantragt, die Haushaltssperre für die Bereiche Schulen und Feuerwehr aufzuheben.

Herr Baumeister führt aus, dass insbesondere in der Schulbauunterhaltung auf Grund der besonderen Situation, dass die Baumaßnahmen möglichst in den Ferien abgewickelt werden, die Mittelfreigabe entgegen der Handhabung für die übrigen Verwaltungsbereiche sehr frühzeitig und großzügig gehandhabt wurde. Seines Wissens sind die Mittel weitestgehend bewirtschaftet, d. h. tatsächlich verausgabt oder durch Aufträge belegt. Es wird daher im Gesamtjahresabschluss die Frage zu klären sein, inwieweit die haushaltswirtschaftliche Teilsperre im Rahmen der Bildung von Haushaltsresten zum Tragen kommt.

Herr Bertelmann befürwortet den Antrag von Herrn Groß, da dem Substanzerhalt an städtischen Gebäuden oberste Priorität eingeräumt werden muss.

Herr Dr. Rohr erläutert, dass das gesamte Maßnahmenprogramm abgearbeitet wurde. Ggf. müssen Rechnungen zu Lasten des Haushaltsjahres 2001 vorgetragen werden. Er hält es für erforderlich, in den Folgejahren die Anstrengungen in diesem Bereich zu verstärken.

Beschluss (über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Die haushaltswirtschaftliche Teilsperre wird für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen in den Bereichen Schulen und Feuerwehr aufgehoben.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (8 Stimmen dafür), 0 Enthaltungen

- ◆ ◆ Der Rat der Stadt Siegen nimmt die verfügte haushaltswirtschaftliche Teilsperre nach § 28 GemHVO zur Kenntnis.

12. Rat 18.10.2000

22. Ausschussneubesetzung - Kulturausschuss

Vorlagenr. 745/00 - Vorlage vom 12.10.2000

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen wählt Herrn Lothar Meinhardt als ordentliches beratendes Mitglied in den Kulturausschuss.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 1 Enthaltung (Stv Morgenschweis)

12. Rat 18.10.2000

23. Ausschussneubesetzung - Bezirksausschuss IV - Siegen-Mitte -

Vorlagenr. 747/00 - Vorlage vom 12.10.2000

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen wählt Herrn Ernst-Heinrich Otterbach als stellvertretendes Mitglied in den Bezirksausschuss IV - Siegen-Mitte -.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (Gegenstimme Stv Morgenschweis),
0 Enthaltungen

12. Rat 18.10.2000